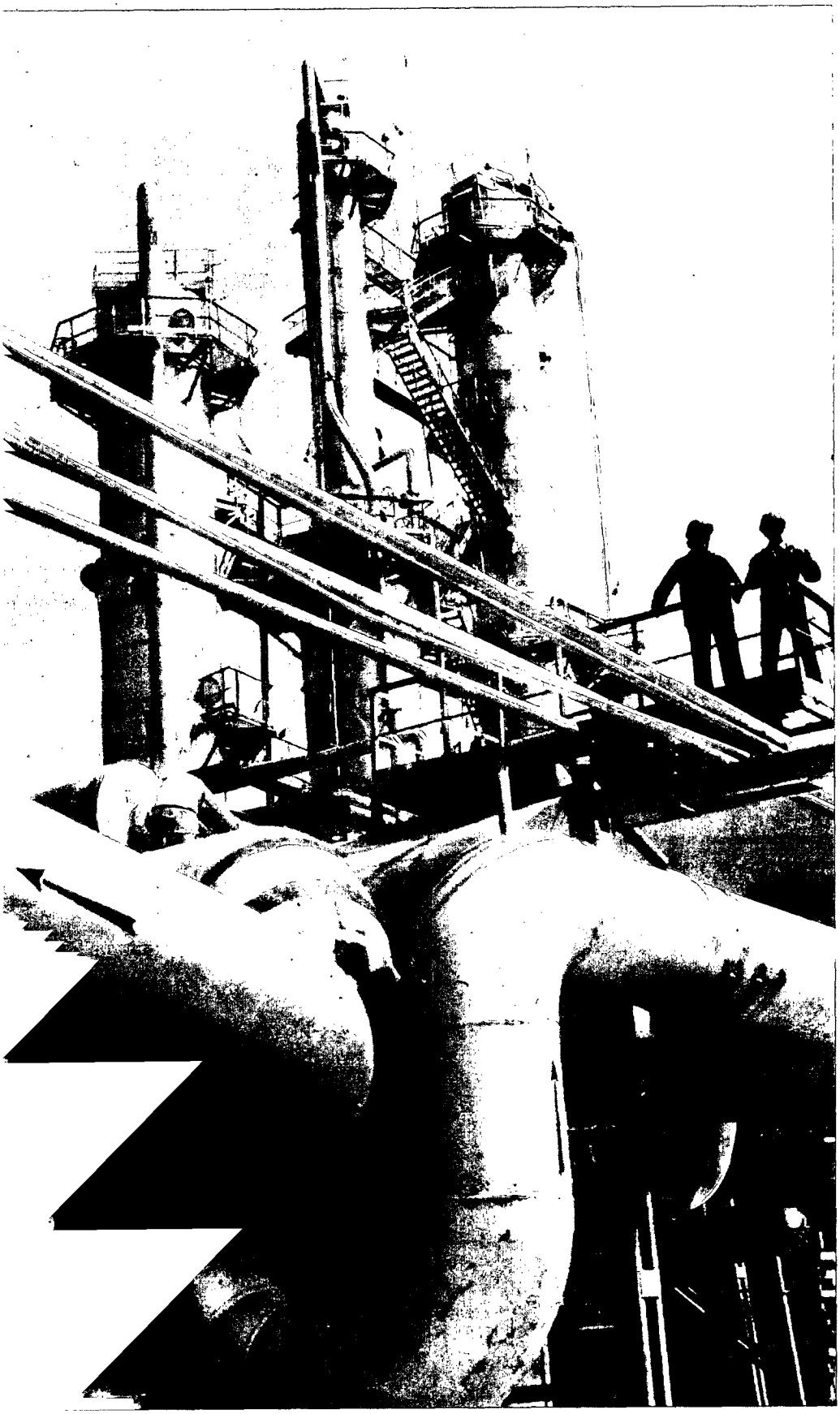
# Der unverziehene Strang nach Osten

SPIEGEL-Redakteur Werner Meyer-Larsen über Sibirien-Gas und Machtpolitik



**Kompressorstation in West-Sibirien:** Symbol der Beschwichtigung?

Leonid Breschnew und seine Moskauer Handelsfunktionäre verfuhren exakt nach Plan.

Zwei Tage bevor der sowjetische Partei- und Regierungschef am 22. November 1981 Bonner Boden betrat, unterzeichneten in Essen seine Außenhandelsexperten das größte Ost-West-Industrieabkommen aller Zeiten: den Bau von Rohrleitungen und Kompressorstationen im Wert von 20 Milliarden Mark und – von 1984 bis 2009 – die Lieferung von jährlich 40 Milliarden Kubikmeter Sibirien-Erdgas im Wert von 16 Milliarden Mark – 400 Milliarden Mark in 25 Jahren.

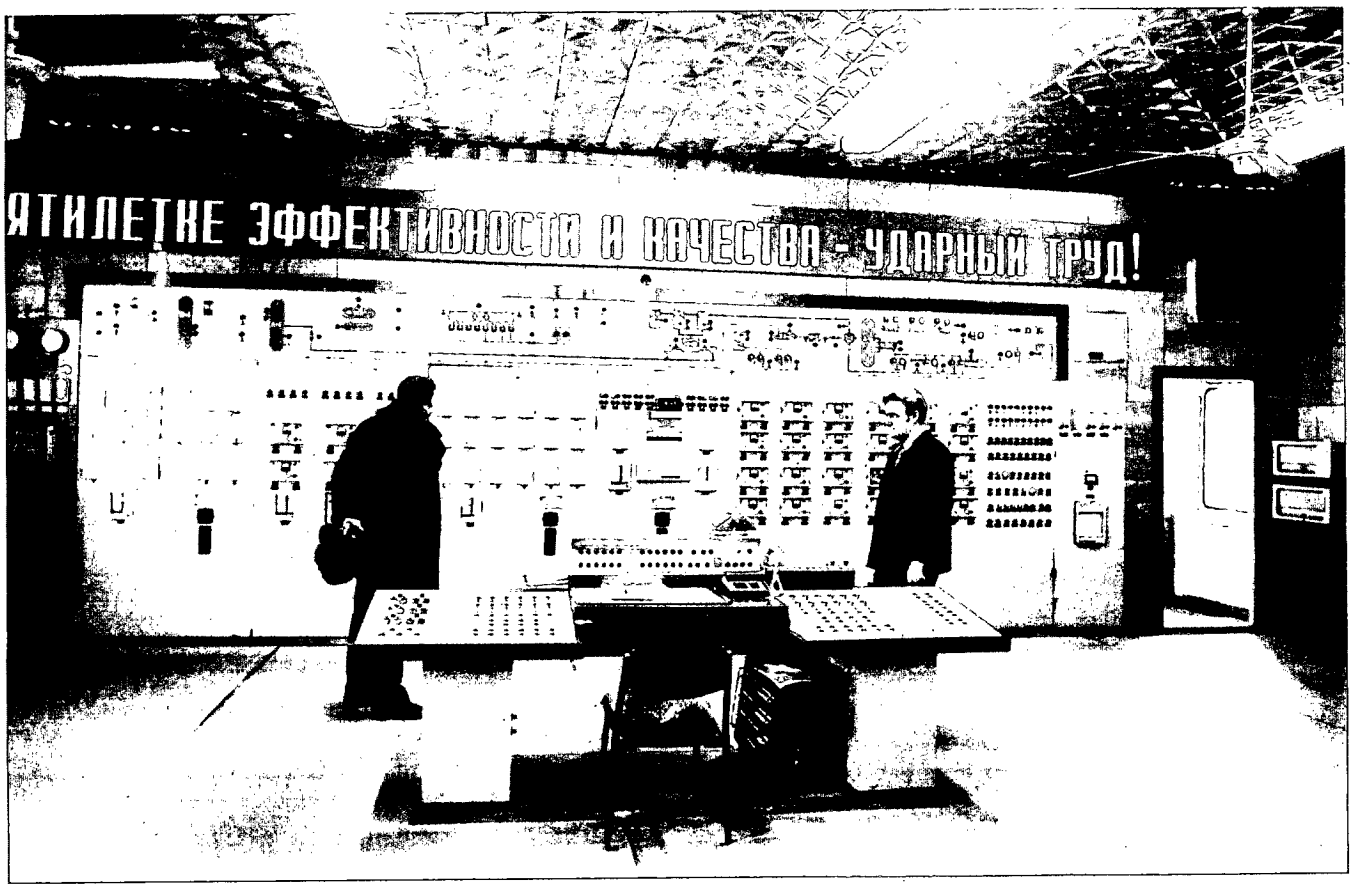
Aber kaum daß dies alles geschehen war, wurde im brodelnden Polen das Kriegsrecht ausgerufen. Bonns Entspannungsdiplomaten schienen überrumpelt, das Gas- und Röhrenabkommen über Nacht desavouiert, und die Westdeutschen, obwohl nur jeweils zu kleineren Teilen im großen Geschäft, mußten sich als Verderber westlicher Wehrkraft anschwärzen lassen: Amerikas Hardliner um den Verteidigungsminister Caspar Weinberger schlugen Alarm.

Bei seinem USA-Besuch Anfang Januar erfuhr Kanzler Helmut Schmidt, wie die amerikanischen Freunde das Gas/Röhrengeschäft neuerdings strategisch einzuordnen gedachten: Weil längs der künftigen Pipeline hochwertige westliche Technik installiert werden solle, müsse der Westen fürchten, die Sowjets würden die gelieferten Anlagen ausschlachten und ihre Militärtechnologie damit anreichern.

Im Dezember erließ die US-Regierung folgerichtig schärfere Embargobestimmungen gegenüber den Sowjets. Die Lizenz zur Lieferung von 200 Rohrverlegemaschinen der US-Firma Caterpillar wurde zurückgezogen. Dem Elektro-Multi General Electric (GE) wurde verboten, hochwertige Teile für Gasturbinen an die europäischen Hersteller der Pipeline-Kompressoranlage zu liefern.

Mit den Rohrverlegern könnten die Sowjets nebenher das oberirdische Kommunikationsnetz in den Boden versenken und damit die amerikanische Luftaufklärung stören. Mit den GE-Turbinenteilen, die dem Triebwerksbau entstammen, könnten die Sowjets ihre Militär-Jets veredeln – meinen Weinbergers Ministranten.

Die Rohrleitung zu den Russen gilt den Konservativen in Amerika spätestens seit der Zerschlagung von Polens „Solidarität" als Symbol der Beschwichtigung, wenn nicht gar Kapitulation. Senator John Stennis, Demokrat aus Mississippi, findet dieserhalb die Pipeline „äußerst beängstigend", und sein Kollege William Cohen, Republikaner




**Steuerungszentrale an der sibirischen Gas-Pipeline:** Devisen für Jahrzehnte

aus Maine, warnt vor dem „schrecklichen Fehler", der „schließlich Westdeutschland seine Unabhängigkeit kosten könnte".

Aufgeschreckt ließen sich Amerikas Politiker die Aspekte des Gasvertrages vom Kongreß politisch, wirtschaftlich und militärstrategisch ausleuchten. Als der Kongreßbericht am 16. Februar 1982 vorlag, erfuhren sie, daß die USA zwar viel Weizen gen Osten schickten, aber erbärmlich wenig Industriegüter: „Als Ergebnis kommt heraus", befanden die Verfasser des Berichts zum Gasgeschäft, daß über den Umweg Europa „westliche Technologie und westlicher Kredit für die Sowjet-Union und das Comecon verfügbar bleiben werden, aber unsere Geschäftsleute werden aus dem östlichen Markt heraus sein".

Doch die Propagandasalven aus Übersee trafen nicht so recht. Einen Tag nach Erscheinen des Kongreßberichts, am 17. Februar, traten die Bonner Koalitionsminister in Helmut Schmidts Kanzleramt an, um sich gegenseitiger Härte beim Durchsetzen des Sibirien-Geschäfts zu versichern.

Eineinhalb Stunden lang, freute sich später der liberale Innenminister Gerhart Baum, habe die sonst so gespaltene Koalition „in Gemeinsamkeit geschwelgt". Dann habe das Kabinett beschlossen, sich auch durch allerheftigste Angriffe am Vollzug des 20-Milliarden-Geschäfts nicht beirren zu lassen.

„Da können andere noch soviel quaken", faßte der Kanzler die Bonner Haltung zum Gasgeschäft zusammen, „es bleibt dabei." Und roh belehrte Helmut Schmidt seine amerikanischen Freunde, die Pipeline müsse wohl schon deswegen gebaut werden, damit die Sowjets genug Devisen zusammenbrächten, um ihre Getreideimporte aus Amerika bezahlen zu können.

Nach solchem Austausch von Artigkeiten flog Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in die US-Hauptstadt und brachte erst einmal seine eigene Beschwerde an. Die Amerikaner versuchten, so Lambsdorff, ihre Monopolstellung in einigen Spitzentechnologien auszunutzen, um das Gasgeschäft zu verzögern. Europäer und Japaner müßten sich deshalb überlegen, mit technologischen Parallelentwicklungen zu beginnen – ein schwerer Schlag für das System internationaler Arbeitsteilung, wie der Graf hinzufügte.

Kurz nach Lambsdorff flog auch FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher in Washington ein, um dort im Ornat des Außenministers die Haltung der Amerikaner zu erkunden. Aber sowohl bei Präsident Ronald Reagan als auch bei Außenminister Alexander Haig, sogar bei Pentagon-Chef Weinberger stieß er auf zwar kraftvolle Sprüche, im übrigen aber auf eine wattige Sowohl-als-auch-Haltung.

US-Außenminister Alexander Haig, der bei allzu großem Krach um Gas und Röhren Schäden für die atlantische Allianz befürchtet, versicherte dem Deutschen einerseits, die Beurteilung des Sibirien-Geschäfts sei in Washington und Bonn ganz ähnlich. Andererseits aber betonte er: „Wir waren immer dagegen – unsere Bedenken dauern an."

Lambsdorff und Genscher schieden deshalb in der Gewißheit, die USA würden die Europäer bei ihrem Gasgeschäft am Ende gewähren lassen. Doch eine Zusage, nun auch den Nervenkrieg dagegen einzustellen, bekamen sie nicht.

Er ging weiter: Senator Ted Stevens, stellvertretender Fraktionschef der Republikaner im Senat, drohte, den Abzug von 337 000 US-Soldaten aus Europa beantragen zu wollen. „Wenn die uns den Strom abschalten können", bauschte Stevens die Bedeutung der sowjetischen Gaslieferungen auf, „zum Teufel, da wird es höchste Zeit abzuhauen."

Wenn die Europäer ihr Jahrhundert-Geschäft mit dem Sibirien-Gas dagegen abbrechen würden, lockte Stevens, könnten sie sofort Ersatzlieferungen aus einer anderen kalten Zone der Welt bekommen – aus Alaska, dem Heimatstaat des Senators. Dieses Gas brauche keine Pipeline, es könne mit Flüssiggas-U-Booten nach Europa verschifft werden, und diese Boote könnten auf den notleidenden deutschen Werften gebaut werden.

Vergangene Woche reiste eine US-Kommission unter Leitung des Unter-

Staatssekretärs James Buckley nach Europa, um über die Zins-Konditionen und die Staatsbürgschaften für die Finanzierung des Pipeline-Geschäfts zu mäkeln. Außenminister Genscher versuchte dem Amerikaner zu erklären, daß es keine Zinssubventionen gäbe, sondern die niedrigen Kreditzinsen durch höhere Lieferpreise für die Pipeline-Ausstattung ausgeglichen würden. Schon der Umstand, daß den Sowjets, die aus Gründen der Ideologie keine hohen Zinsen wollten, eine nur indirekte Zahlung des vollen Marktzinses ermöglicht wurde, stört Amerikas Politiker.

Was kommt nach Jahren geduldigen Zusehens den Amerikanern plötzlich so verquer, daß sie am liebsten mit Gewalt gegen unterschriebene Verträge eingeschritten wären? Was treibt sie, eine ferne Gasleitung als Beeinträchtigung des Nato-Bündnisses zu sehen?

**Minister Weinberger, Lambsdorff:** Nervenkrieg gegen Bonn

Hat das Sibirien-Geschäft für Deutschlands Verbündete eine besondere Qualität? Ist es mehr als bloß ein Handel? Ist es eine neue Achse im Sinne alter preußischer Außenpolitik? Eine Art Tauroggen gar?

Der sibirische Gasvertrag ist zumindest das größte Ost-West-Geschäft, das je in Gang gesetzt worden ist, und das größte geschlossene Wirtschaftsabkommen zwischen der privat- und der staatskapitalistischen Welt.

Die Sowjet-Union will eine sechsspurige Rohrleitung für den Erdgastransport vom nördlichen Sibirien nach Westen bauen, in die eigenen Industriegebiete und nach Westeuropa. Sie will die vermutlich größten Gasvorkommen der Welt kontinuierlich ausbeuten und damit die eigene Industrie wie auch die eigene Devisenkasse auf Jahrzehnte versorgen.

In Gönnerlaune hatte Parteichef Breschnew 1976 den damals von Energiesorgen bedrängten Mitteleuropäern versprochen, von etwa 1985 an rund 30 Prozent des gesamten europäischen Erdgasverbrauchs zu sichern. Doch der Gastransport über eine 5000 Kilometer lange Leitung stellte das Arbeiter-und-Bauern-Land vor so große technische Probleme, daß die Sowjets vorschlugen, die europäische Industrie solle die Riesenleitung bauen und sie sich anschließend in Form von Gaslieferungen bezahlen lassen.

Deutschlands Großbanken, mit den am Gasdeal interessierten Industrie-Aktiengesellschaften eng verfilzt, machten sich bald für eine reibungslose Finanzierung des Projekts stark. Denn um die Übergangszeit zwischen dem Bau der Pipeline und den Gaslieferungen zu überbrücken, brauchten die Sowjets erst einmal Kredit.

Schon bald hantierte der Vorstand der Deutschen Bank, die als Konsortialführerin für ein halbes Hundert anderer Banken wirkte, mit einem Kreditvolumen von rund 20 Milliarden Mark. Das meiste Geld davon sollte gleich in der Bundesrepublik, zumindest in Europa bleiben.

Als Basisausstattung der Pipeline registrierten die Unternehmen Rohrstränge von 30 000 Kilometer Länge für rund zehn Milliarden Mark, 41 Kompressorstationen für den kontinuierlichen Gasfluß auf der sechsten, für den Westen eingerichteten Schiene für jeweils rund 200 Millionen Mark, dazu Lieferungen von Baumaschinen und Werkzeugen.

Mannesmann-Chef Egon Overbeck und Ruhrgas-Vorstand Klaus Liesen reisten in die sibirischen Pioniergebiete um den Fluß Ob. Dort erfuhren sie, daß nicht nur Zelt- und Caravan-Siedlungen entstanden, sondern große Gemeinden mit massiven Wohnblöcken, Straßen, Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und Kneipen: Sibirien, spekulierten die Unternehmer, bleibe ein Geschäft für Jahrzehnte.

Im Herbst 1980 waren sich die Verhandlungspartner über eigentlich alles einig – die Konsortialführerschaft durch Mannesmann, den Umfang des Geschäfts, die Verteilung der Aufträge auf mehrere europäische Staaten, die Verteilung des Erdgases auf fast die gleichen Gebiete – nur beim Zins lagen sie um etwa zwei Prozent auseinander.

Das westliche Banksystem, hörten die Sowjets vom deutschen Chef-Unterhändler F. Wilhelm Christians (Deutsche Bank), könne zu den von den Sowjets gewünschten Mini-Zinsen nicht genügend Geld liefern. Die Sowjets spielten auf Zeit und verpaßten die Zeit.

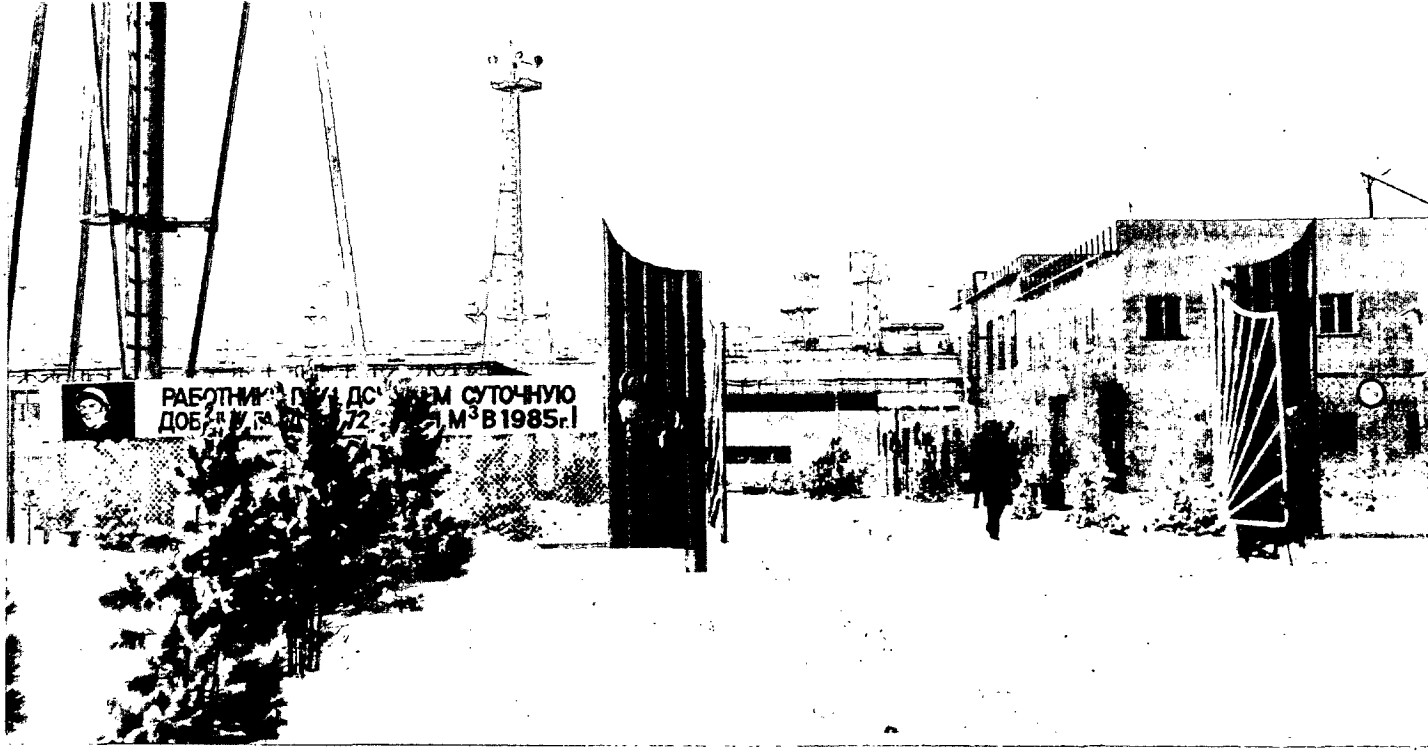
Mitten in ihre Wartetaktik hinein aber begannen die Zinsen im westlichen System 1980 extrem rasch und hoch zu steigen. Für einen Abschluß selbst zu den vorher vom Westen angebotenen Bedingungen gab es plötzlich keine Chance mehr. Die Sowjet-Unterhändler, verstört, ließen die Verhandlungen zunächst weiter schleifen. Westliche Staaten, vor allem die Bundesrepublik und Frankreich, schlossen zunehmend Ersatzverträge über Erdgas ab, um eine mögliche Versorgungslücke zu füllen.

Je weniger aber die westlichen Partner sich auf das Sowjet-Gas angewiesen zeigten, desto mehr drängelten plötzlich die Sowjets. Ihnen nämlich war unterdes einiges Ungeplante widerfahren: Drei Mißernten nacheinander zwangen zu erheblichen Getreideeinfuhren aus dem Westen. Um diese Lieferungen zu bezahlen, mußten die Sowjets gegen große Mengen Gold Dollar auftreiben. Der Goldhort des Sowjet-Reiches schrumpfte bedenklich.

Um die kritische Grenze zum moslemischen Asien rasch abzudichten, überfielen die Sowjets das kleine Afghanistan und schufen sich damit einen kostspieligen Kriegsschauplatz. Die Entspannungspolitiker in den USA gingen über Nacht auf Konfrontationskurs, die Kosten der Systemerhaltung wuchsen für die Sowjets weiter.

Hoher Kapitalzins, vereiste Beziehungen zum Westen, eine fortlaufende Agrarmisere und rasch wachsende Militärkosten setzten die große Sowjet-Union immer mehr unter Zugzwang. Anfang 1981, als sich in Polen schon ein neuer Krisenherd aufgetan hatte, kamen die Gasgespräche überstürzt wieder in Gang.

Das ursprünglich vorgesehene Geschäftsvolumen schrumpfte wegen der höheren Kreditkosten rasch. Besonders die deutsche Industrie, die am Ende noch mit Aufträgen über rund zehn



**Sowjetische Pipeline-Station am Polarkreis:** Vom Embargo getroffen

Milliarden Mark gerechnet hatte, sah sich von den Sowjets verlassen. Bankier Christians, der sich monatelang um einen entsprechend hohen Kredit für die Sowjets bemüht hatte, brauchte am Ende nur noch eine gute Milliarde daraus lockerzumachen. Mehr Aufträge aus dem Gasgeschäft bekommen die Deutschen nicht.

Mannesmann-Chef Overbeck, traditioneller Röhrenlieferant der Sowjets, erhielt weder einen Exklusivvertrag noch eine langjährige Auftragsgarantie. Er muß sich die Lieferung der Röhren mit Italienern, Japanern und Niederländern teilen – und er muß jedes Jahr aufs neue um seine Lieferverträge bangen.

Mannesmanns Direktaufträge schrumpften damit zunächst auf 135 Millionen Mark. Einen Auftragswert von 700 Millionen Mark buchte dagegen AEG-Chef Heinz Dürr. Er darf 47 der 125 notwendigen Gasturbinen für die 41 Kompressorstationen der Sowjets liefern. Die übrigen Turbinenaufträge gingen an den italienischen Nuovo Pignone-Konzern und die schottische Firma John Brown. Mit einem Viertel der Auftragssumme war daran der US-Konzern General Electric beteiligt. Er sollte die temperaturfesten Schaufelräder für die Turbinen liefern, für die er das Weltmonopol hält. 360 Millionen Mark Umsatz verschaffte sich der schwäbische Baugerätehersteller Liebherr, dem die Sowjets Rohrverleger abkaufen.

Während die Industrieaufträge für die Deutschen mit 1,3 Milliarden Mark allenfalls 15 Prozent des gesamten Auftragsvolumens ausmachen, konnte sich Mannesmann gemeinsam mit der französischen Creusot-Loire die Generalunternehmerschaft des Projekts sichern. Damit bringen die deutschen Anteile am Gas- und Röhrengeschäft nicht einmal soviel Umsatz wie die amerikanischen Getreidelieferungen in die Sowjet-Union vom Oktober bis Dezember 1981.

Im Gegensatz zu den geschrumpften Anlagenlieferungen durch die Deutschen wird die Bundesrepublik aber den ursprünglich vereinbarten Anteil Erdgas abnehmen müssen – rund 10,5 Milliarden der von 1984 ab fließenden 40 Milliarden Kubikmeter im Jahr.

Die hohen Gas-Importe aus Sibirien bringen die Bundesrepublik nur scheinbar in eine Energie-Abhängigkeit von den Sowjets. In der Bundesrepublik Deutschland nämlich werden 1985 nach gängigen Schätzungen* 43 Prozent der Primärenergie aus Öl, 28 Prozent aus Kohle, 17 Prozent aus Erdgas, acht Prozent aus Atom und vier Prozent aus den üblichen Resten, vor allem aus Wasserkraft bestehen.

Der Anteil des Sibirien-Gases am deutschen Erdgasverbrauch soll dann zwar bei 30 Prozent liegen, doch wegen des nur 17prozentigen Erdgasanteils an der deutschen Energieversorgung kann Sibirien-Gas allenfalls fünf Prozent der westdeutschen Gesamtversorgung erreichen.

Selbst wenn die Sowjets im Krisenfall den Gashahn zudrehen sollten, würden die Deutschen rasch mit anderen Energiegrundstoffen oder mit bereits kontraktierten zusätzlichen Erdgasmengen aus anderen Ländern rechnen können. Die westdeutsche Abhängigkeit vom Sowjet-Gas liegt damit in der Nähe von Null.

Das wissen auch die Amerikaner, deren Ölmultis die Washingtoner Administration längst darüber aufgeklärt haben, wie flexibel im Notfalle das westliche Energieversorgungssystem reagiert. Aber, so Verteidigungsminister Caspar Weinberger, „der Handel mit der Sowjet-Union ist etwas anderes als der Handel mit jedem anderen Land".

Vor allem wohl, wenn die Deutschen damit beschäftigt sind. Die Opposition Amerikas gegen das Gasgeschäft gründet sich denn auch nicht auf eine mögliche Abhängigkeit ihrer europäischen Verbündeten von Energieimporten aus Sibirien. Sie hat allein außen- und sicherheitspolitische Aspekte – defensive, aber auch offensive.

Ronald Reagans Hardliner sehen in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwäche und außenpolitischen Isolierung der Sowjet-Union die fast einmalige Gelegenheit, den ideologischen und militärischen Gegner vom Rang einer gleichwertigen Supermacht zu entkleiden.

Die östliche Staatengemeinschaft nämlich ist trotz ihrer immensen Größe nirgends autark. Sie ist darauf angewiesen, Getreide, höherwertige Industrieprodukte und vor allem Technologie gegen Weltmarktpreis und gegen Devisen einzuführen. Weil die Devisen nicht aus Fertigwarenexporten kommen wie bei den USA, den europäischen Industrieländern oder Japan, muß das Land sie aus dem Verkauf seiner immensen Bodenschätze holen. Auf lange Sicht wäre der Erdgasverkauf in den Westen deshalb die einzige finanzielle Stütze des Sowjet-Systems.

„Wenn die westsibirische Gasexport-Pipeline von westlichen Banken und Industrieunternehmen finanziert und ausgestattet ist", lasen Haig und seine Freunde denn auch im Kongreßbericht vom 16. Februar, „und Gas zum Bezahlen der Kredite da ist, dürfte ein erheblicher Anstieg der sowjetischen Hartwährungseinkommen beginnen, vielleicht in der Größenordnung von zehn Milliarden

* Mittelwerte aus einem Gutachten zum Energieverbrauch, das drei Wirtschaftsforschungsinstitute vergangenen Herbst für die Bundesregierung gefertigt haben.

Dollar, wenn die Rohrleitung von Mitte der 80er Jahre an arbeitet."

Diesen Anstieg sowjetischer Außenhandelsmacht und sowjetischer Selbstfinanzierung möchten die US-Strategen gerne bremsen. Da sie Westeuropa kaum zum Bruch unterschriebener Verträge überreden können, wollen sie das Pipeline-Projekt zumindest ein bißchen behindern. Auch schon damit die Europäer keinen Appetit auf noch weiterreichende Zusammenarbeit mit dem Sowjet-Reich bekommen.

Ansatzpunkt ist das von Präsident Reagan ausgesprochene Lieferverbot für strategische und energiefördernde Apparate, das inzwischen auch auf Zulieferungen an europäische Lieferanten der Sowjet-Union ausgedehnt worden ist.

Damit können die USA zumindest einen kritischen Punkt der Pipeline-Konstruktion treffen. Das Erdgas nämlich fließt nicht mit Eigendruck über 5000 Kilometer in Richtung Europa, sondern muß alle 120 Kilometer durch besondere Kompressorstationen neuen Schub bekommen. Für den Schub sorgen Apparate, die ähnliches auch bei Düsenflugzeugen bewirken: Gasturbinen mit absolut temperaturfesten Schaufelrädern – ein Produkt aus dem Bau von Jet-Triebwerken. Qualitätstechnik dieser Art liefern nur US-Konzerne – und diese Lieferungen hat US-Präsident Reagan uns verboten.

Dank ihrer Rotorenblätter kann nur Amerikas Industrie Riesentriebwerke wie für den Airbus und die DC-10 herstellen, die 20 000 Betriebsstunden aushalten – sowjetische Triebwerke schaffen allenfalls 800 Stunden und sind längst nicht so stark. Der Ausfall amerikanischer Turbinen-Schaufelräder bedeutet damit für den Pipeline-Bau entweder eine Verzögerung von zwei Jahren oder eine erhebliche Qualitätseinbuße.

Zwei Jahre würden selbst die cleversten Turbinenhersteller brauchen, um eine wenigstens halbwegs vergleichbare Technologie zu entwickeln. Zwei Jahre auch würde es dauern, bis die einzigen Turbinenhersteller Europas, die bereits im Besitz einer General-Electric-Lizenz sind, eigene Schaufelräder liefern können: Alsthom-Atlantique und Rolls-Royce.

Die französische Apparatefabrik Alsthom-Atlantique müßte erst neue Fertigungseinrichtungen installieren, bevor sie produzieren könnte, die britische Rolls-Royce brauchte mindestens die gleiche Zeit, um sich politisch abzusichern. Denn ein Teil der Rolls-Royce-Turbinen wird von US-Flugzeugbauern gekauft, so etwa von Lockheed für den TriStar.

Wenn die Amerikaner sich indessen hart zeigen, können sie den europäischen Lieferanten sogar die Nutzung bereits erworbener GE-Lizenzen kraft Gesetz untersagen. Bevor alles geklärt ist, müssen die Europäer deshalb beginnen, aus vorhandenen Bruchstücken das beste zu basteln.

So haben etwa die AEG und die britische Firma John Brown von den Amerikanern noch vor dem Embargo mehrere Turbinenteile bekommen. Um das Embargo zu unterlaufen, könnten die europäischen Leitungsausstatter die vorhandenen Rotoren zunächst so verteilen, daß ein Gasfluß mit niedrigerem Druck beginnen kann, was allerdings eine Reduzierung der Liefermenge bedeuten würde: Die Sowjets könnten ihre Gaslieferverträge dann nicht einhalten.

Gegen den Ärger mit den GE-Lizenzen nehmen sich die übrigen Embargo-Folgen fast bescheiden aus. So hat der amerikanische Caterpillar-Konzern vor Aufhebung seiner Exportlizenz für 300 Rohrverlegemaschinen bereits hundert solcher Monstren in die Sowjet-Union geliefert, und künftig können Maschinen ähnlicher Auslegung auch von der japanischen Firma Komatsu geliefert werden.

„Über Jahre hin lautete eine weitverbreitete Klage, daß die Außenpolitik der USA ein Werkzeug der Geschäfts- und Finanzinteressen sei", erinnert sich Pat Holt, einst Stabschef im außenpolitischen Ausschuß des Senats. Heute hingegen versuchen die Vereinigten Staaten, „Handel und Kredite als Werkzeug der Außenpolitik" zu nutzen.

Die Europäer können diesen strategischen Sinneswandel in den USA zwar nachvollziehen, fühlen sich aber sicherer, wenn sie der Reagan-Konzeption des Totrüstens und der harten wirtschaftlichen Sanktionen nicht folgen. Würden die Sowjets ganz und gar in die Ecke gedrängelt, fürchten die Europäer, Opfer eines Ausbruchsversuchs der Sowjet-Union zu werden.

Henry Reuss, demokratischer Kongreß-Abgeordneter aus dem Staate Wisconsin und Vorsitzender des Joint Economic Committee, glaubt darin alte Strukturen reichsdeutscher Politik zu erkennen:

Die Pipeline würde es nach Meinung der Deutschen weniger wahrscheinlich machen, daß die Russen „eine Atombombe auf Düsseldorf werfen oder ihre Panzer in die norddeutsche Tiefebene schicken werden", ließ er verlauten.

Damit trifft der Abgeordnete auf einen zweiten Umstand, der die Amerikaner, aber auch Deutschlands westliche Nachbarn den Röhren-Deal suspekt scheinen läßt.

**Unterzeichner des Gasvertrages in Essen***: Ein bißchen Tauroggen?

Die alte Tradition der Preußen nämlich war es gewesen, sich mit den östlichen Nachbarn gut zu stehen. Die geographisch offene Lage Deutschlands hatte seine Politiker immer wieder gezwungen, zwischen drei grundsätzlichen Optionen zu pendeln: die Anlehnung an die westlichen oder die östlichen Nachbarn – oder aber eine Eigenständigkeit in diesem Geflecht, wie sie gegenwärtig nur die Supermächte noch für sich beanspruchen können.

Zum ersten Male in der deutschen Geschichte war erst unter Kanzler Konrad Adenauer eine West-Option getroffen worden, verbunden mit dem ehernen Grundsatz, für den Westen berechenbar zu bleiben. Zudem gibt es Grundelemente amerikanischer Politik, die zum eige-

* Am 20. November 1981. Von links: Sojuzgazexport-Chef Yuri Baranowski, Wirtschafts-Staatssekretär Dieter von Würzen, Mannesmann-Chef Egon Overbeck, Stellvertretender Außenhandelsminister Nicolai Ossipow, Ruhrgas-Chef Klaus Liesen.

nen Sicherheitsdenken die Kontrolle der jeweils gegenüberliegenden Küste zählen. Als wesentliche Gegenküste auf ihrer Ostseite gelten den Amerikanern die deutsche und die britische.

Zum ersten Mal hatten die Westalliierten mithin nach dem Zweiten Weltkrieg eine für sie vorteilhafte Lage geschaffen. Ein verkleinertes Deutschland mit einer klaren West-Option und damit die Kontrolle der den USA gegenüberliegenden Nordatlantik-Küste. Selbständige Politik im Bismarck-Sinne konnte Deutschland nicht mehr treiben.

Daß deutsche Politiker aus dem Gasgeschäft andere Sicherheitskriterien ableiten als das Pentagon, irritiert die Amerikaner folglich, irritiert aber auch Franzosen, Briten und Italiener. Obwohl die Bundesrepublik nicht der größte Teilhaber mehr am Gas-Röhren-Deal ist, konzentrieren sich die Angriffe deshalb vor allem auf Bonn.

Die resignative Duldung des Geschäfts bleibt mithin von Mißtrauen untermischt. Und der Versuch, das Geschäft zumindest hinauszuzögern, wird sich stets wiederholen.

Was immer geschieht – das pompös begonnene Gas/Röhrengeschäft wird von allen Beteiligten zunehmend als Geschäft des schlechten Gewissens und der verpaßten Gelegenheiten gehandelt werden.

Sowjet-Herrscher Breschnew hat die besten Zeiten verpaßt, weil er zu lange und zu umständlich verhandeln ließ. Westdeutschlands Industrie verpaßte den besten Zeitpunkt, weil sie nicht kurz vor der großen Zinserhöhung einschlug und damit ein weit größeres Abkommen geschafft hätte. Und die USA werfen sich vor, nicht schon zu Jimmy Carters Präsidentschaft gegen den Sibirien-Deal angerannt zu sein.

Die Europäer, so werden Amerikas Führer weiterhin behaupten, leisten der Sowjet-Union in einer Phase nie gekannter Schwierigkeiten die entscheidende Entwicklungshilfe. Es sei nicht einzusehen, so Lane Kirkland, Präsident des antikommunistischen US-Gewerkschaftsdachverbandes AFL/CIO, daß Amerika machtlos sein solle, „andere Nationen davon abzuhalten, die Sowjet-Union zu retten".

Für Bonns Regenten gilt weiterhin die Angst, das Sowjet-Imperium könne sich, von den Amerikanern und den Umständen im eigenen Machtblock in die Ecke manövriert, mit einem begrenzten militärischen Stoßtrupp-Unternehmen in Richtung Westen wieder Luft verschaffen. Die USA fürchten das Sowjet-Reich eher, wenn es dank westlicher Technologie- und Devisenhilfe militärisch gleichziehe.

Aussage steht gegen Aussage, Interesse gegen Interesse. In den Schnittpunkt beider Linien ist mit ihren Gasverträgen die Bundesrepublik Deutschland geraten. ◆


**Über eine Standortbestimmung der SPD hinaus: Ein Plädoyer für eine Überlebensethik. Ein Ausblick auf Jahre der Konfrontation.**

»Mein Eindruck ist, daß die Bereitschaft schwindet, komplizierte Kontroversen durch komplizierte Kompromisse zu entschärfen ... Wenn die Bitterkeit sich entlädt, die hinter den Klassenkonflikten unserer Gesellschaft steckt, dann wird der relative innere Friede des letzten Jahrzehntes dahin sein.«

Peter Glotz

»Die Beweglichkeit des Tankers« überzeugt durch Intelligenz, verblüffende Unvoreingenommenheit, kalten Realismus und eine durchsichtig-präzise Sprache; es ruft ohne prophetisches Gehabe politische Freunde und politische Gegner zur – späten – Besinnung.

**Ein politisches Buch der ersten Kategorie!**

**Peter Glotz**
**Die BEWEGLICHKEIT des Tankers**
**Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen**

**C. Bertelsmann**

204 Seiten
26,– DM